

## **„Nie wieder ist jetzt“.**

### **Über unser Gedenken an den Holocaust**

Rede am 21. Januar 2024 in der Kulturkirche Bremen

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Meyer, ich danke Ihnen herzlich für die Einladung, vor Ihnen sprechen zu dürfen; an diesem Ort, der selbst so viel über die Katastrophen der deutschen Geschichte erzählt. Ich habe Ihre Einladung auch deshalb sehr gern angenommen, weil ich die Bremische Evangelische Kirche gerade in den letzten Monaten als zuverlässige Partnerin in Aufklärung und Solidarität erleben durfte.

Die heutige Veranstaltung ist Teil des diesjährigen Programms zum 27. Januar, dem „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“. Dieses Programm ist in Bremen, inzwischen im 27. Jahr, das Herzstück dessen, was wir „Erinnerungskultur“ nennen. Selbstkritische Überprüfung und Fortentwicklung waren von Beginn an Teil unserer Arbeit. Aber die Reaktionen in Deutschland auf den Terrorangriff der Hamas zwingen uns heute zu grundsätzlichen Fragen.

Sie werden Gegenstand meines Beitrags sein. Aber erlauben Sie mir, in einer etwas längeren Einleitung die Grundidee unseres Gedenkens noch einmal zu rekapitulieren und zu würdigen, wie ich es in Bremen mitgestalten durfte.

Noch vor der Erklärung von Bundespräsident Roman Herzog hatten gesellschaftliche Initiativen hier über einen Gedenktag diskutiert, um zentrale Urteile über unsere Geschichte festzuhalten und zu erklären. Was wir als Gemeinwesen moralisch und politisch für richtig und für falsch ansehen wollen. Welche Lehren wir daraus ziehen können. Wofür wir als Gemeinwesen, Gesellschaft und Staat, Verantwortung übernehmen wollen.

Unser Vorschlag war der 27. Januar, der Tag der Befreiung von Auschwitz. Weil Auschwitz die Chiffre für den Mord an den europäischen Juden ist, für den Versuch, ein ganzes Volk vom Antlitz der Erde zu tilgen. Zugleich aber war Auschwitz auch die Hölle für alle anderen Opfer der verbrecherischen Nazi-Diktatur. Und der 27. Januar erinnert auch daran, dass und wie – durch die alliierten Armeen – das Morden beendet und die Diktatur besiegt werden konnte.

Im Zentrum der jährlichen Programme stand bis heute die Aufgabe, Wissen zu vermitteln, Wissen um Tatsachen und ihre Zusammenhänge; das Erkennen menschenfeindlicher Ideologien jeder Art; das abstrakte Wissen um die große Zahl der Opfer zu erweitern um das empathische Gedenken an das Schicksal der Menschen, die hier in unserer Stadt gelebt haben. Denn „Jeder Mensch hat einen Namen!“ Deswegen finde ich es sehr schön, dass Sie in Ihrer Einladung den Raum in Yad Vashem abgebildet haben, in dem jeder Name, jedes Leben, alle Bilder der jüdischen Ermordeten aufbewahrt werden.

In letzter Zeit ist die Kritik an dieser Erinnerungsarbeit lauter geworden. Sie sei im „Ritual erstarrt“, kritisieren gutmeinende Ungeduldige, aber ebenso auch Schlusstrich-Propagandisten. Lassen Sie sich da bitte nichts einreden. Ja, nicht jede Gedenkrede ist originell und ein Feuerwerk. Aber die Wiederkehr im Jahresrhythmus ist vor allem ein notwendiges Zeichen von Verlässlichkeit und Kontinuität, eben kein „Nun ist aber genug“.

Andere kritisieren, Erinnerung und Gedenken seien „staatlich verordnet“, sie behinderten das freie Meinens und Sprechen. Ein Blick in das Programm zeigt schon, dass es sich um gesellschaftliche Initiativen handelt, die eine Vielfalt von Perspektiven zum Ausdruck bringen. Formen und Inhalte des Gedenkens verändern sich, neue Übereinkünfte werden im Diskurs gefunden. Aber die erwähnte Kritik zielt auf eine Revision grundsätzlicher Urteile über unsere Geschichte (wie das berüchtigte Wort vom „Vogelschiss“), unter der falschen Flagge von Meinungsfreiheit gegen „die da oben“: „Man wird doch wohl noch sagen dürfen.“ Dürfen: Kann sein, aber wir werden es gemeinsam entschieden zurückweisen. Und manches kann und muss auch das Gesetz verbieten.

Und noch eine Kritik will ich erwähnen. Wir sehen den Holocaust als ein präzedenzloses Verbrechen an, das im Zentrum unseres Gedenkens steht; weil es auf Vernichtung aller Juden und alles Jüdischen abzielte, getrieben von der Wahnidee, damit werde die ganze Welt vom Bösen „gereinigt“. Diese Hervorhebung des Holocaust, so die Kritik, führe dazu, dass andere Verbrechen aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt und kleingeredet würden. Das gelte auch für die Verbrechen des deutschen Kolonialismus.

Die Realität sieht ganz anders aus. Ja, der Holocaust war und bleibt in unserem Gedenken zentral; aber wir haben ebenso an die Sinti und Roma erinnert, an die politisch Verfolgten, die Opfer der Medizinverbrechen, die so genannten „Asozialen“, die Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, insgesamt die Opfer des deutschen Vernichtungskrieges und der Nazi-Diktatur. Und die mit dieser Arbeit gewachsene Fähigkeit zur kollektiven Selbstkritik war mitentscheidend dafür, dass zunehmend, wenn auch spät und noch unvollkommen, auch die Verbrechen der deutschen Kolonialherrschaft wahrgenommen und öffentlich bearbeitet werden.

Meine Damen und Herren, Sie merken: Ich plädiere dafür, am Kern unserer Erinnerungs- und Gedenkarbeit festzuhalten und sie in diesem Sinne weiterzuentwickeln. Aber gleichzeitig kann niemand übersehen: der 7. Oktober und seine Folgen bedeuten einen tiefen Einschnitt. Damit komme ich zum Thema, in der Zuspitzung des Titels: „Nie wieder ist jetzt!“

Diese vier Wörter waren die Losung vieler Kundgebungen und Erklärungen, mit denen der Terrorangriff der Hamas verurteilt und zur Solidarität mit Israel aufgerufen wurde; sie waren auch eine Reaktion auf die verstörende Wahrnehmung, dass der tausendfache Mord an Juden, nur weil sie Juden sind, auf deutschen Straßen beklatscht wurde, in Erklärungen verklärt oder relativiert wurde mit vielen „Ja, aber...“. Und viel zu oft nur sehr laut beschwiegen.

„Nie wieder ist jetzt!“ war also ein dringender und notwendiger Appell zur Solidarität mit den Menschen in Israel, zur eindeutigen Verurteilung eines grausamen Verbrechens, das für die Hamas ja Teil ihres Kampfes zur Auslöschung des jüdischen Staates sein sollte. Dieser Ruf stellt aber auch die Frage an uns: War vielleicht unsere „Erinnerungsarbeit“ nicht am Ende ganz ohne Erfolg, wenn so viele Menschen in Deutschland Judenhass und Judenmord auch heute nicht als solche erkennen und verurteilen?

Die eindringliche Formel „Nie wieder“ fasste nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Beseitigung der Nazi-Diktatur das Versprechen und die Beschwörung zusammen, Lehren aus der Katastrophe der deutschen Geschichte zu ziehen. Eindrucksvoll und zu Recht voller Pathos etwa im „Schwur von Buchenwald“, bei der Befreiung der überlebenden Häftlinge durch US-Truppen im April 1945. Das „Nie wieder“ hatte aber von Beginn an unterschiedliche und auch kontroverse Inhalte.

„Nie wieder Faschismus“, 1945 gegen die Nazi-Diktatur gerichtet, war in Buchenwald aber als Forderung nach Freiheit formuliert, damit gegen jede Diktatur. Dieser Appell wurde bekanntlich in den beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich umgesetzt. Ich teile sicherlich mit Ihnen die Auffassung, dass die richtige Umsetzung dieses Schwurs die Verabschiedung des Grundgesetzes war mit dem entscheidenden ersten Artikel „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Er verbietet nicht nur Antisemitismus, sondern alle auf Gruppen bezogenen Vorurteile, Diskriminierungen und Verfolgungen.

„Nie wieder Krieg!“ Die Häftlinge in Buchenwald aus ganz Europa meinten damit den deutschen Angriffskrieg. Den alliierten Verteidigungskrieg bis zur endgültigen Zerschlagung der Nazi-Diktatur haben sie nicht verurteilt, sondern unbedingt unterstützt, so wie alle Überlebenden in den Lagern. Sie wussten, wer sie befreit hatte, und mit welchen Mitteln, mit Waffen. Auch die Deutschen wurden im Mai 1945 nur durch die radikale Niederlage Nazi-Deutschlands befreit, sie mussten dafür selbst mit hohen Opfern bezahlen.

Die Nazi-Ideologie war mit der Niederlage nicht aus allen Köpfen verschwunden, das wissen wir nur zu gut. Aber, und das kann tatsächlich eine allgemeine Lehre auch für heute sein: Diesen Köpfen wurde die Möglichkeit genommen, offen für ihre todbringende Ideologie zu werben, es wurde ihnen die Macht genommen, sie in die Tat umsetzen. Genau darum muss es uns auch heute gehen. Dafür ist die Ächtung aller menschenfeindlichen Ideologien, im Extremfall auch ihre Unterdrückung durch Recht und Gesetz notwendig. Hier müssen Gesellschaft und Staat zusammenwirken, Schutz organisieren.

Aber es gab noch ein anderes „Nie wieder“. Die Juden waren dort, wo Nazi-Deutschland herrschte, wehrlos staatlicher, am Ende tödlicher Gewalt ausgeliefert. Das „Nie wieder“ der jüdischen Überlebenden hieß daher: „Nie wieder wehrlos“. Daraus wuchsen Entschlossenheit und Kraft zur Gründung und Aufbau des Staates Israel. Um endlich geschützt ihre Tradition, ihre Kultur, ihre Träume leben zu können.

Die Israelis mussten ihren Staat, dieses „Haus des Lebens“, also ihr Leben selbst, vom ersten Tag an gegen eine feindliche Umwelt verteidigen. Die Verpflichtung, das Land

dabei zu unterstützen, das ist der Sinn der Rede von der „deutschen Staatsräson“. Denn die bloße Existenz Israels wird bis heute in Frage gestellt; die Auslöschung von jüdischer Gesellschaft und Staat ist erklärtes Ziel des Iran – und eben auch der Hamas, die seit 17 Jahren diktatorisch in Gaza über die Palästinenser geherrscht hat. Wissen um die Geschichte und grundlegende Situation Israels ist Voraussetzung für sinnvolles Urteilen über die Gegenwart.

Ich bin überzeugt, und deswegen habe ich hier darüber gesprochen, dass auch Kenntnisse über den deutschen Vernichtungskrieg, seine Ziele, seinen Verlauf, sein Ende ebenso wie Kenntnisse über die zentralen politischen Konsequenzen und Folgen des Holocaust – unter anderem der Staat Israel – fester Bestandteil unserer Erinnerungsarbeit werden müssen.

Um an dieser Stelle ein kleines Beispiel zu geben: Wer „Free Palestine – from the River to the Sea“ hört, sollte wissen, um welchen Fluss und um welches Meer es hier geht – und dass es dann einen Staat Israel nicht mehr geben würde. Und erkennen, dass diese Losung daher auch nur eine neue Form des tödlichen Judentums ist.

Zurück zum heutigen Appell: „Nie wieder ist jetzt!“ Er soll uns an unsere besondere Selbstverpflichtung erinnern, nie wieder Antisemitismus zuzulassen, nie wieder zu dulden oder gar zu unterstützen, dass Juden diskriminiert, verfolgt werden, allein weil sie Juden sind. Genau das aber ist in Israel am

7. Oktober mit dem Terrorangriff der Hamas geschehen, mit grausamster, auch sexualisierter Gewalt, deren schreckliche Bilder auch noch stolz von den Tätern verbreitet wurden, als Aufforderung zur Nachahmung in aller Welt.

Wir haben erleben müssen, dass dieser Terrorangriff auf deutschen Straßen als „Befreiungskampf“ begrüßt wurde; dass er mit allen möglichen Formeln von „Ja, aber...“ kleingeredet oder einfach beschwiegen wurde. Nach dem 7. Oktober sind bei uns Synagogen angegriffen worden, sind Häuser mit dem Stern gekennzeichnet worden, ist die Zahl antisemitischer Straftaten – und das ist immer nur die Spitze des Eisbergs – dramatisch angestiegen.

Und die Art und der Tonfall, in dem bei uns die Reaktion Israels be- und verurteilt wird, die Ausübung seines Rechtes auf Selbstverteidigung, damit ein solcher Terror nicht noch einmal passieren kann, wie schnell der Angegriffene zum Aggressor erklärt wurde; das hat der Kabarettist Dieter Nuhr richtig so kommentiert: „Antisemitismus ist, wenn für Juden ein anderes Recht gilt als für den Rest der Welt.“

Meine Damen und Herren, wir müssen wir uns also die Frage stellen: Was haben wir in unserer Arbeit falsch gemacht, jedenfalls nicht gut genug? Für den Kampf gegen den Antisemitismus möchte ich ein paar Hinweise versuchen.

Viel zu oft haben zu viele den gefährlichen Antisemitismus immer nur bei den anderen sehen wollen, auf die anderen gezeigt: auf die Rechten, die Linken, die christliche Tradition, die Muslime, die Alt- und Neonazis. Mit diesem gefährlichen Spiel, an dessen Ende nur Verharmlosung steht, müssen wir Schluss machen. Denn die Formen, die

Bildersprache, die Traditionen, auch die aktuelle Sichtbarkeit und Aggressivität sind sicher unterschiedlich. Aber alle Formen des Antisemitismus sind nie harmlos, sind nie zu tolerieren.

Viel zu oft haben wir – in vielleicht gut gemeinter Abgrenzung von pauschaler Kritik an Muslimen und von fremdenfeindlichen Vorurteilen – den politischen Islamismus geschont; zu eng mit islamistisch orientierten Verbänden zu kooperieren versucht, die liberalen muslimischen Stimmen in Deutschland nicht ausreichend geschützt, islamistische Propagandazentren geduldet. Wir haben nicht sehen wollen, wie selbstverständlich Judenhass in einigen Milieus unserer Gesellschaft ist, weil er von der Propaganda in den Herkunftsregionen gespeist wurde und wird, in denen die Juden grundsätzlich als Feinde gelten. Hier müssen wir grundsätzlich umdenken! Und der Staat muss handeln!

Und wir haben, das ist besonders schmerzlich, nicht aufmerksam genug wahrgenommen, wie sich vor allem unter jungen Menschen eine Strömung ausbreitet, die aus ihrem vollkommen berechtigten Eintreten für diskriminierte Minderheiten ein neues, umgekehrtes Schwarz-Weiß macht – und dann Israel als Teil der weißen kolonialen Unterdrücker sieht und die Terroristen der Hamas als „Befreier“. Eine Hamas, unter deren Herrschaft diese jungen Menschen keinen einzigen Tag frei leben könnten. Auch dieses Denken endet bei ordinärem Antisemitismus, wir müssen ihm entschiedener entgegentreten!

Es ist offensichtlich: Die Aufklärung über die Vergangenheit, die Gegenwart und ihre innere Verknüpfung wird eine noch größer werdende Aufgabe der Demokratiebildung in unseren Schulen und Universitäten werden; wir können hier nur Anstöße geben. Ich hoffe sehr, aber ich bin mir noch nicht sicher, dass die Größe und Bedeutung dieser Aufgabe auch schon erkannt sind.

Meine Damen und Herren, die Kulturkirche hat in ihrer Ankündigung einen Satz von Hannah Arendt zitiert: „Antisemitismus ist genau das, was er zu sein vorgibt: Eine tödliche Gefahr für Juden und nichts sonst.“ Die letzten Monate haben diesen Satz schrecklich bestätigt, aber ich möchte ihn doch etwas erweitern: Antisemitismus ist nicht nur eine tödliche Gefahr für Juden, sondern auch eine große Gefahr, Gift für jede demokratische Gesellschaft. Denn wenn das zentrale Versprechen unserer Verfassung gebrochen wird, steht alles in Frage. Deshalb ist der Kampf gegen den Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen unsere Aufgabe, die Aufgabe der Gesellschaft. Wir dürfen die Jüdinnen und Juden nicht wieder im Stich lassen! Ich wäre sehr froh, wenn es hier eine große Einigkeit gibt.

Ich möchte schließen mit dem Appell, den kurzen und einfachen Satz des Holocaust-Überlebenden Primo Levi sehr ernst zu nehmen: „Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen.“ Wir müssen alles dafür tun, dass es nicht wieder geschieht. Wie am besten und mit mehr Erfolg, darüber werden wir viel diskutieren, wohl auch heftig streiten müssen. Deshalb vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.